

Sprechnotiz

Die KIP als Brückenbauer

Medienkonferenz vom 25. September 2026

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
geschätzte Anwesende, liebe Medienschaffende

Der Bundesrat hat heute eine moderate Erhöhung des Integrationskredits beschlossen.

Das ist richtig und wichtig. Denn es ist ein Signal: Auch der Bund will – wie die Kantone – dass Menschen, die rechtmässig in die Schweiz kommen, sich hier gut integrieren können.

[Wobei ich dem Bundesrat schon auch explizit danken will, dass er in einer Zeit, in der auf allen Ebenen gespart werden muss, bereit ist, bei der Integration zusätzliche Mittel einzusetzen].

Die Kantone sind heute durch mich als Präsidenten der KdK hier an der Medienkonferenz anwesend, weil wir Ihnen heute vor allem zeigen wollen, dass dieses Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird und wo es Wirkung entfaltet.

Denn Integration ist kein Verwaltungsakt. **Integration entscheidet sich am Montagmorgen:**

Sie entscheidet sich dort, wo Menschen aufstehen, den Wecker stellen und zur Arbeit gehen. Wo Kinder in die Spielgruppe, den Kindergarten oder die Schule gehen. Wo Jugendliche eine Lehre absolvieren. Wo jemand zum ersten Mal selbständig einen Termin bei einer Behörde vereinbart. Oder wo Menschen im Sportverein mithelfen und am Quartierfest einen Kuchen backen.

- Wenn also ein Sprachkurs die nötigen Kenntnisse für Ausbildung und Beruf vermittelt.
- Wenn ein Jugendlicher mit zusätzlicher Unterstützung eine Lehrstelle findet.
- Wenn ein Jobcoaching zu einer Stelle führt, die den eigenen Lebensunterhalt sichert.
- Wenn beim Quartierfest alle mit anpacken – unabhängig davon, wie lange sie schon hier leben.

Dann findet Integration statt.

1. Die KIP bauen Brücken

Genau hier setzen unsere kantonalen Integrationsprogramme – die KIP – an:

Sie bauen eine Brücke zwischen dem, was ein Mensch mitbringt, und dem, was unsere Gesellschaft und unser Arbeitsmarkt verlangen.

Die Menschen, die zu uns kommen, bringen sehr unterschiedliche Voraussetzungen mit:

mehr oder weniger Berufserfahrung, Bildungsabschlüsse, Sprachkenntnisse – aber manchmal auch Lücken in genau diesen Bereichen.

Unsere Aufgabe ist es, diese Ressourcen sichtbar zu machen und dort Unterstützung anzubieten, wo sie nötig ist. Das beginnt meist bei der Sprache, geht weiter mit Bildung und Qualifizierung und reicht bis zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Rund drei Viertel der KIP-Mittel fliessen deshalb in Sprache, Ausbildungs- und Arbeitsmarktfähigkeit sowie in frühe Kindheit.

Das ist unsere Strategie, denn Integration ist keine Sozialpolitik. Integration ist Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Standortpolitik. Sie haben es von Bundesrat Jans gehört: Die Statistiken und die Fortschritte der letzten Jahre zeigen, dass sich diese Investitionen auszahlen.

Aber wir dürfen uns damit nicht zufriedengeben.

2. Wo wir besser werden wollen mit den KIP 4

Mit den KIP 4 setzen Bund und Kantone für die nächsten 5 Jahre zwei Schwerpunkte:

«Integration von Frauen» und «Arbeit dank Bildung»

Beim ersten Schwerpunkt geht es nicht darum, für zugewanderte Frauen zusätzliche Angebote zu schaffen. Es geht darum, genauer hinzuschauen: Wo liegen die Integrationshürden, die Frauen daran hindern, die Sprache besser zu lernen, eine Ausbildung zu machen, zu arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen?

Wir wissen, dass es dabei strukturelle Barrieren gibt. Ein Beispiel ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Ukrainekrieg und die Vielzahl geflüchteter Mütter haben uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass wir hier noch Lücken haben: Wenn eine Frau arbeiten oder eine Ausbildung machen will, aber an fehlender Kinderbetreuung, fehlenden Teilzeitmöglichkeiten oder fehlenden Anschlüssen an eine Ausbildung scheitert, dann ist die Antwort nicht einfach noch ein Sprachkurs.

Wir müssen auch die Rahmenbedingungen verbessern.

Deshalb wollen wir bestehende Massnahmen stärker auf die Bedürfnisse von Frauen ausrichten und insbesondere auch die Regelstrukturen – von Bildung bis Arbeitsmarkt – stärker einbeziehen.

Unser Ziel ist klar: Frauen und Männer sollen die gleichen Chancen haben, ihre Integration erfolgreich zu gestalten.

Der zweite Schwerpunkt lautet **«Arbeit dank Bildung»**.

Auch hier müssen wir selbstkritisch sein: Wir wollen zugewanderte Menschen in den Arbeitsmarkt bringen.

Aber schnell ist nicht automatisch gut.

Wenn jemand zwar möglichst rasch eine Stelle findet, aber keine Perspektive auf Qualifikation, Weiterbildung oder berufliche Entwicklung hat, dann haben wir kurzfristig vielleicht eine Statistik verbessert – langfristig aber noch keine nachhaltige Integration erreicht.

Noch immer haben zu viele Geflüchtete keinen Abschluss auf Sekundarstufe II oder Tertiär, obwohl sie das Potenzial dafür hätten. Deshalb müssen wir hier genauer hinschauen und die Vorbereitung auf unser Bildungssystem verbessern. Bildung darf nicht der Arbeitsmarktintegration geopfert werden, auch wenn das bedeutet, dass junge Erwachsene noch 3 Jahre länger unterstützt werden müssen, während sie eine Lehre machen.

Natürlich braucht es Arbeitsmarktintegration. Aber eine nachhaltige Integration führt möglichst zu qualifizierter Arbeit – und nicht in eine Sackgasse aus kurzfristigen und prekären Beschäftigungen.

Das ist auch im Interesse der Wirtschaft. Denn die Schweiz braucht nicht einfach möglichst viele Arbeitskräfte. Sie braucht gut qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte.

Genau hier können die KIP einen Beitrag leisten. Aber nicht allein, sondern gemeinsam mit den Regelstrukturen von Schule, Berufsbildung und Arbeitsmarkt.

3. Was die Kantone daraus machen

Für die Kantone bedeutet der heutige Entscheid des Bundesrates deshalb vor allem eines:

Verantwortung.

Wir müssen dafür sorgen, dass die zusätzlichen finanziellen Mittel tatsächlich Wirkung entfalten. Dafür braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden, Schulen, Wirtschaft und weiteren Partnern.

Und dafür braucht es auch Vertrauen in die kantonale Umsetzung. Integration passiert vor Ort.

Ich weiss, viele empfinden den Föderalismus manchmal als anstrengend. Aber er hat einen entscheidenden Vorteil:

Er bringt die Integrationspolitik dorthin, wo Integration tatsächlich stattfindet – zu den Menschen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.